Nummer 574

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonntag, 16. Dezember 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellungsuchende 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,50 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 50 französ. Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizer. Francs, Holland 10 holländ. Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norweg. Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat Dezember 1923 nach Oesterreich 250 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 9 000 000 polnische Mark, Litauen 50 Lit, Lettland 1000 lettische Rubel, Finnland 200 finnische Mark, Estland 1500 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Beziehe keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Die Antwort Poincarés.

Die französischen Vorbehalte.

Paris, 15. Dezember.

Wie die Agentur Havas berichtet, hat Poincaré bereits heute abend die Antwort auf das aide memoire festgestellt, das der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoesch, über die heute vormittag stattgefundene Unterredung am Nachmittag übermittelt hat! Die französische Regierung hat sich nunmehr mit der belgischen Regierung in Verbindung gesetzt, um eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Demarche zu erteilen. Wie der diplomatische Mitarbeiter der Havasagentur berichten zu können glaubt, werden in dem Antwortentwurf, den Poincaré nach Brüssel übermittelt hat, die allgemeine Grundsätze der französischen Politik gegenüber Deutschland hervorgehoben. Vor allen Dingen würden folgende Grundsätze aufgestellt:

Ausführung des Friedensvertrages.

Keine Schmälerung der Rechte der Reparationskommission.

Keine Schmälerung der Rechte der Rheinlandskommission.

Keine Diskussion über die von den französisch-belgischen Besetzungsbehörden im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen.

Unter diesem Vorbehalt sei die französische Regierung bereit, in eine allgemeine Verhandlung einzutreten, namentlich über administrative Fragen. Auch sei die französische Regierung bereit, die Rücknahme der Ausweisungen der Beamten zwar nicht auf einmal, aber einzeln in Erwägung zu ziehen.

Die Instruktionen an die deutschen Geschäftsträger.

WTB Berlin, 15. Dezember.

Zu der neuen Demarche der Reichsregierung bei der französischen und belgischen Regierung wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel beauftragt worden sind, in den dortigen Außenministerien den gesamten sich aus der gegenwärtigen politischen Situation ergebenden Fragenkomplex zur Sprache zu bringen und dabei den Standpunkt der Reichsregierung in folgendem Sinne darzulegen:

Da jetzt auch von französischer und belgischer Seite zugegeben wurde, daß der passive Widerstand in den besetzten Gebieten restlos beseitigt sei, stehe nach den früheren Erklärungen der beiden Regierungen einer grundsätzlichen Erörterung sowohl der Reparationsfrage als auch der Rhein- und Ruhrfrage nichts mehr im Wege. Die Reparationsfrage als solche sei allerdings inzwischen schon durch die Beschlüsse der Reparationskommission über die Einsetzung der beiden Komitees in eine neue Phase getreten. Wenn Deutschland auch alles tun wolle, um die Tätigkeit der Komitees fruchtbringend zu gestalten, so sei doch kaum zu hoffen, daß auf diesem Wege eine schnelle und unmittelbare Lösung der Frage zu erreichen sei. Die wirkliche Lösung könne vielmehr nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden radikalen Neuregelung bestehen, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mitumfassen müsse. Die Bildung der beiden Komitees hindere nach Ansicht der Reichsregierung auch keineswegs, schon jetzt in einen neuen Gedankenaustausch von Regierung zu Regierung über das Gesamtproblem einzutreten. Ein solcher Gedankenaustausch sei besonders dringlich, weil mit größter Beschleunigung Klarheit über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten geschaffen werden müsse. Ohne diese Klarheit würden die Beratungen der Komitees der Reparationskommission vollkommen in der Luft hängen. Die Verträge der Besatzungsbehörden mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnverwaltung genügten nicht im entferntesten, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten zu gewährleisten. Es sei nicht nur zweifelhaft, ob die deutsche Industrie trotz ihres guten Willens die Verträge werde durchführen können, sondern es bedürften auch noch eine Reihe anderer äußerst wichtiger Punkte der Regelung. Dahin gehörten namentlich die Frage der Wiederherstellung der durch die Ausweisung und Verurteilung der Beamten zerstörten deutschen Verwaltung, sowie die Frage des wirtschaftlichen Verkehrs der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland. Ohne eine Regelung dieser Fragen sei nicht nur eine einigermaßen erträgliche Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten, sondern darüber hinaus auch eine Gesundung der Reichsfinanzen und damit eine Regelung der Reparationsfrage undenkbar. Da Fragen der bezeichneten Art nur durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung geklärt werden könnten, schlage die deutsche Regierung vor, solche Verhandlungen unverzüglich zu eröffnen.

Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Demarche liegt zur Stunde nur eine vorläufige Mitteilung des Geschäftsträgers in Paris vor. Danach hat der französische Herr Ministerpräsident Herrn von Hoesch einige Zwischenfragen gestellt und ihn sodann gebeten, seine mündlichen Ausführungen durch eine schriftliche Aufzeichnung zu ergänzen. Diese Aufzeichnung ist dem französischen Herrn Ministerpräsidenten noch im Laufe des heutigen Nachmittags zugestellt worden.

Die Finanz- und Geldlage der Reichsbahn.

Sanierungspläne.

Ein Vertreter des W.T.B. befragte den Reichsverkehrsminister, wie es um die Finanz- und Geldlage der Reichsbahn bestellt sei und welche Pläne er für die Gesundung der Reichsbahn habe. Reichsverkehrsminister Oeser führte dazu ungefähr folgendes aus:

Bekanntlich hat seit dem 15. November d. J. die Finanzierung der deutschen Reichsbahn aus allgemeinen Reichsmitteln aufgehört, ohne daß diesem Riesenunternehmen mit einem Anlagewert von mehr als 25 Gold-Milliarden ein Betriebsfonds mit auf den Weg gegeben worden wäre. Dazu kommt, daß das Unternehmen, das während des ganzen Jahres 1922, d. h. bis zum Ruhrkampf, in seinem Etat balanzierte, in den letzten Monaten als Folge des Rhein- und Ruhrkampfes mit Fehlbeträgen arbeiten mußte und heute ohne Deckung für seine Verpflichtungen für werbende Anlagen dasteht. Es muß deshalb vorübergehend dem Unternehmen auch an Barmittel zur Deckung dieser großen Gesamtverpflichtungen solange fehlen, bis es sich eine neue Kreditorganisation aufgebaut hat.

Die Personalkosten und die laufenden sächlichen Kosten (z. B. für Kohle, Oel usw.) können bereits heute wieder aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Anders liegen noch die Verhältnisse bei den Kosten für Rhein und Ruhr und für werbende Anlagen, wie neue Lokomotiven, Wagen, Bahnhofsanlagen usw. Es ist selbstverständlich, daß, nachdem der Finanzminister der Reichsbahn seine Kredite entzogen hat, es augenblicklich der Reichsbahn an Mitteln fehlt zur Finanzierung dieser Projekte, wie das bei einem Privatunternehmen nicht anders sein würde. Der Mangel an Betriebsmitteln ist leider eine ganz allgemeine Erscheinung der heutigen deutschen Wirtschaft. Ueber diese Bauten und Beschaffungen laufen eine Reihe von Verträgen, die bis zum 1. April 1924 schätzungsweise eine Belastung von rund 200 Millionen ausmachen. Hinzu kommen für den gleichen Zeitraum rund 100 Millionen für Ausgaben, die mit dem Ruhrschicksal zusammenhängen. Zur Deckung dieser 300 Millionen und zur Bildung eines Betriebsfonds, den ein so großes Unternehmen wie die Reichsbahn nicht entbehren kann, müssen Kredite in Anspruch genommen werden. Es ist nur natürlich und dankenswert, daß die Industrie, der die gesamten Bestellungen der Reichsbahn zugute kommen, ihren Wechselkredit zur Verfügung gestellt hat. Wenn in einer Mitteilung von Verpflichtungen der Reichsbahn in Höhe von 550 bis 600 Millionen die Rede ist, so entbehrt diese Angabe der Grundlage. Es scheint sich hier um eine Verwechslung mit Beträgen zu handeln, die unter Umständen einmal für Investitionsanleihen in Betracht kommen könnten, wenn die Reichsbahn wieder an Bauten und Beschaffungen in größerem Stile herangehen kann. Der Boden für diese Kreditaufnahme und für eine durchgreifende Sanierung des Unternehmens ist vorbereitet, der eingeleitete Personalabbau und die schärfste Einschränkung in allen sachlichen Ausgaben werden sich in allernächster Zeit bereits finanziell günstig auswirken. Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß als das Dringlichste die Betriebsform der Eisenbahnverwaltung wesentlich geändert werden muß. Es müssen neue Wege eingeschlagen werden, um den Leistungsgrad des Unternehmens weiter zu steigern als es heute in den Formen der Staatsverwaltung möglich ist. Die Umstellung des Reichsbahnunternehmens wäre längst erfolgt, wenn nicht der Ruhreinbruch dazwischen gekommen wäre. Jetzt ist die Durchführung eingeleitet, der Reichsfinanzminister hat den neuen Vorschlägen schon grundsätzlich zugestimmt, baldigst wird sich das Kabinett mit der Frage beschäftigen. Vorher werden selbstverständlich die Länder, die am Staatsvertrage beteiligt sind, gehört werden, ebenso werden der Reichsrat und der Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages befaßt werden. Es ist eine Notverordnung geplant, deren Ablösung durch endgültiges Gesetz zum 1. April nächsten Jahres erfolgen soll.

Die Reichsbahn hat die innere Kraft, ebenso den festen Willen, diese Organisation selbst zu gestalten; sachkundigen Rates wird sie sich dabei gern bedienen.

Gute Hausmusik! Schallplatten-Apparate
Marke „Primula"
Schrankapparate v. 210 Goldmark
Wertbeständigkeits-Rabatt
Julius Busse, Gertraudtenstr. 22,
2 Minuten vom Spittelmarkt
Eigene Fabrikation.

Das Memelgebiet, Litauen und die Entente.

Von
Ernst Samel,
Vorsitzender des Memellandbundes E. V.

Mit zu den größten Verbrechen und Völkerrechtsverletzungen, die die Entente in ihrem Siegestaumel am deutschen Volke begangen hat, gehört die gewaltsame Lostrennung des Memelgebietes vom deutschen Vaterlande. Die Begründung für diese Zwangsmaßnahme, daß das Memelgebiet immer litauisch gewesen sei und daß die Mehrheit der Memelländer nach Sprache und Ursprung litauisch wäre, hat die Entente inzwischen selbst widerlegt. Eine von der Botschafterkonferenz im Januar 1923 nach Memel entsandte Sonderkommission stellt nämlich in ihrem Bericht fest, daß Memel niemals zu Litauen gehört hat, daß sich die Mehrheit der Memelländer nicht aus Litauern zusammensetzt und daß selbst ein großer Teil der Litauer des Memelgebiets sich vor einem Anschluß an Litauen fürchtet. Die Begründung für die Abtrennung war also nicht stichhaltig und die Entente läßt jetzt erkennen, daß auch der letzte Grund, Memel sei Litauens einziger Ausgang zur See, nicht aufrichtig gemeint gewesen ist. In Wirklichkeit ist die Abtrennung lediglich in der Absicht erfolgt, das Memelgebiet den Polen in die Hände zu spielen, um auf solche Weise Deutschland im Osten gänzlich einzukreisen und außerdem Litauen abhängig von Polen zu machen. Weiter sollte Polen im Memelgebiet einen Stützpunkt an der Ostsee erhalten, um von dort aus einen gewissen Druck auf Rußland ausüben zu können.

Als die Litauer sich vor Jahresfrist mit Gewalt des Memelgebiets bemächtigten, so wie sie es hinsichtlich Wilnas von Zeligowski gelernt hatten, und die Entente ihren schimpflichen Rückzug vor den litauischen Einbrechern antrat, legte sie der litauischen Regierung die Verpflichtung auf, dem Memelgebiet eine gewisse Autonomie zu gewähren, die in einem zwischen der Entente und Litauen zu vereinbarenden Memellandstatut festgelegt werden sollte. Ueber dieses Statut wird seit dem letzten Frühjahr verhandelt, ohne daß es zu einer Einigung gekommen ist. Die Entente verlangt nämlich, daß Polen im memelländisch-litauischen Hafenüberwachungsausschuß maßgebenden Einfluß erhält. Ferner soll das Memelgebiet verpflichtet sein, an Polen ein Stück Hafengebiet auf 29 Jahre zu verpachten, das Polen sich selbst aussuchen darf und wo es nach Belieben schalten und walten kann. Mit anderen Worten, der Memeler Hafen und damit das ganze Memelgebiet soll unter polnischen Einfluß kommen. Hinter Polen steckt natürlich Frankreich. Selbstverständlich will Litauen sich einen solchen Eingriff in seine Souveränitätsrechte über das Memelgebiet nicht gefallen lassen, weil es weiß, daß es dann über kurz oder lang ganz in die Abhängigkeit zu Polen gerät. Litauen hat schließlich beantragt, den Streit dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten. Die Entente hat dagegen den Völkerbundsrat angerufen, der noch immer ihr willfähriges Werkzeug gewesen ist, wenn es galt, Schwache mit einem Schein des Rechts zu vergewaltigen. Am 10. d. M. ist der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz Brantings in Paris zusammengetreten und eine seiner ersten Aufgaben wird es sein, sich mit der Memellandfrage zu beschäftigen.

Amerikas Vertreter für die Sachverständigenausschüsse.

EP Washington, 15. Dezember.

Auf Vorschlag von Coolidge ist der Vizepräsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Young, zum zweiten amerikanischen Delegierten an den Sachverständigenkomitees der Reparationskommission ernannt worden. Young ist eine dem amerikanischen Publikum gänzlich unbekannte Persönlichkeit.

Wie aus London gemeldet wird, ist zwischen England und Finnland ein Handelsvertrag abgeschlossen worden.

Schlußkurs der Mark in New-York
25 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
4 Billionen.

Korge

Spezial-Sportkaufhaus Arthur Korge

BERLIN SW. 10548, Wilhelmstraße 107, Ecke Anhaltstraße, Nähe Anhalter Bahnhof. Zentrum 935.

Sportpelze, entzückende Damen-Pelzjacken. Ledermäntel, Lederjacken, fescheste Modelle. Fahr- und Reisemäntel, das Neueste und Eleganteste!

Hochelegante Anzüge u. Wintermäntel, wirklicher Ersatz für Maßarbeit! Bekleidung und Geräte für jeden Sport! Spezialität: Wintersportartikel! Lederhüte! Neueste Modelle!

Regenmäntel! * Windjacken! Chauffeurlivreen, Autokappen Brillen, Handschuhe, Autopelzdecken, Fußsäcke Motorradkombinationen. Spezialität: Autobrücken und Picknick-Koffer.

Groß sortierte Wäscheabteilung! Koffer- und Reiseeffekten! Riesenauswahl! Solide Preise! Schuhwaren! Spez.: Sport-, Jagd- u. Wanderstiefel! Elegantes Straßenschuhwerk!

Sämtliche Artikel sind auch erhältlich zu Originalpreisen in unserer Verkaufsstelle bei den Dürkoppwerken, Berlin NW. 7, Unter den Linden 48/49.

Korge